

Die Wahl zum Europäischen Parlament und ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen

Politische Analyse und Empfehlungen für Unternehmen

Alexandra Siegl, Walter Osztovcics, Peter Hajek, Andreas Kovar

2. Juli 2009

Inhaltsverzeichnis

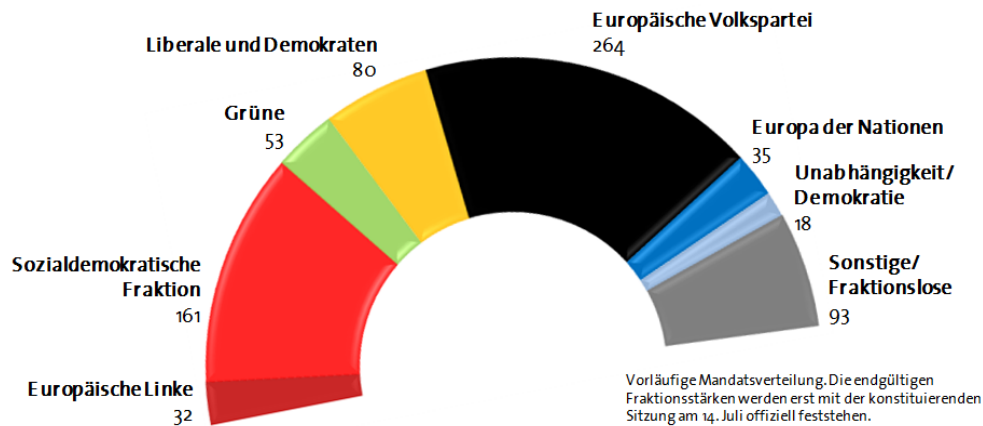
1. Ergebnisse der Europaparlamentswahl	1
2. Analyse der Kampagnen	5
3. Europapolitische Szenarien	11
4. Bundespolitische Szenarien	13
5. Issues und Themenlage	14
6. Ergebnisse aus Public Affairs-Sicht	17

1. Ergebnisse der Europaparlamentswahl

Europäische Perspektive

Die Europäischen Konservativen (Fraktion der Europäischen Volkspartei) wurden als stärkste Kraft im Europaparlament bestätigt. Sie kamen mit einem Minus von knapp einem Prozentpunkt auf 264 der insgesamt 736 Sitze. Die Europäischen Sozialdemokraten kamen auf Platz 2, mussten aber mit minus 6 Prozentpunkten deutlichere Verluste hinnehmen. Drittstärkste Kraft blieben die Liberalen mit 80 Sitzen und 2 Prozentpunkten weniger als bei der letzten Europawahl 2004.

Zulegen konnten die Europäischen Grünen. Sie erreichten 53 Sitze im Plenum und damit ein Plus von 1,7 Prozentpunkten. Verloren hat die Vereinigte Linke mit 32 Sitzen und einem Minus von 0,9 Prozentpunkten.



Am rechten Rand des politischen Spektrums kam die nationalistische „Union für ein Europa der Nationen“ auf 35 Sitze (minus 0,8 Prozentpunkte), die Gruppe „Unabhängigkeit/Demokratie“ erreichte 18 Mandate (minus 0,4 Prozentpunkte). 90 Sitze gingen an andere Parteien bzw. Fraktionslose, unter denen auch die FPÖ und die Liste Hans-Peter Martin zu finden sind. Dieses Sammelbecken von Fraktionslosen und Splittergruppen konnte mit einem Plus von mehr als 8 Prozentpunkten den größten Zuwachs verbuchen.

Die Sitzverteilung ist auch vier Wochen nach der Wahl noch provisorisch, die Fraktionsbildung weiter im Gang. Erst bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments am 14. Juli werden Anzahl, Namen und Mandatsstärken der Fraktionen offiziell feststehen. Zudem würde der Vertrag von Lissabon, falls er nach dem neuerlichen Referendum von Irland in Kraft treten kann, ab 1. Jänner 2010 die Gesamtzahl der Mandate verändern. In Österreich käme dann beispielsweise das BZÖ doch noch zu einem Parlamentssitz. Neu ist überdies, dass die Britischen Tories, die bereits vor der Wahl aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei austraten, einen neuen europakritischen Block im Parlament gebildet haben. Die „Gruppe der Europäischen Konservativen und Reformier“ wird über 55

Sitze verfügen, ihr gehören neben den Briten die Abgeordneten der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) an, die bisher Mitglied der Liste Europa der Nationen waren, sowie die tschechische konservative Demokratischen Bürgerpartei (ODS). Die neu formierten Konservativen wollen gegen weitere Zentralisierung innerhalb der Union und für mehr Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene eintreten.

Die Wahlbeteiligung lag mit 43% europaweit knapp niedriger als 2004, wo 45,5% der Bürger an der Wahl teilnahmen.

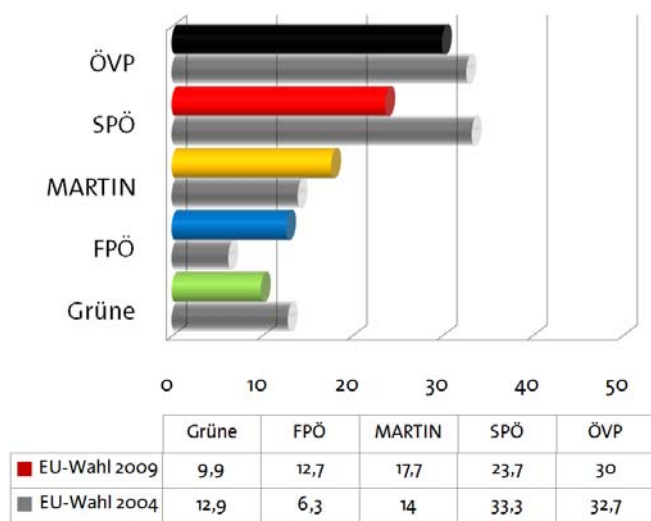
Aus gesamteuropäischer Sicht fällt vor allem ins Auge, dass sich in fast allen Mitgliedsländern das Wahlverhalten zwischen deutlichen EU-Befürwortern und ausgeprägten EU-Gegnern polarisierte. Gemäßigte oder unklare Positionen gerieten dabei unter die Räder. So haben Parteien mit einem eindeutigen Europabekenntnis durchwegs die Wahlen für sich entschieden. Umgekehrt ist aber auch das Lager der populistischen EU-Gegner in Summe gewachsen, obwohl hier einer ihrer bekanntesten Vertreter eine spektakuläre Niederlage einstecken musste: Irlands Referendum-Rebell Declan Ganley verfehlte mit seiner Partei Libertas den Einzug ins Parlament.

Ein differenziertes Bild zeigt sich beim Blick auf das Abschneiden von Regierungsparteien. Traditionell gelten EU-Urnengänge als Protestwahlen, bei denen die Opposition auf Kosten der Machthaber Stimmen einfahren kann. Diesmal konnten jedoch die regierenden Parteien in Italien, Frankreich und Polen deutliche Zuwächse verzeichnen, auch in Österreich wurde die (mit)regierende ÖVP trotz geringer Verluste stärkste Partei. Wo die Amtsinhaber deutlich an Stimmen verloren, lassen sich durchwegs konkrete nationale Ursachen ausmachen – wie bei der britischen Labour Party, die sich nach einem Spesen-Skandal popularitätsmäßig im freien Fall befindet.

Österreichische Perspektive

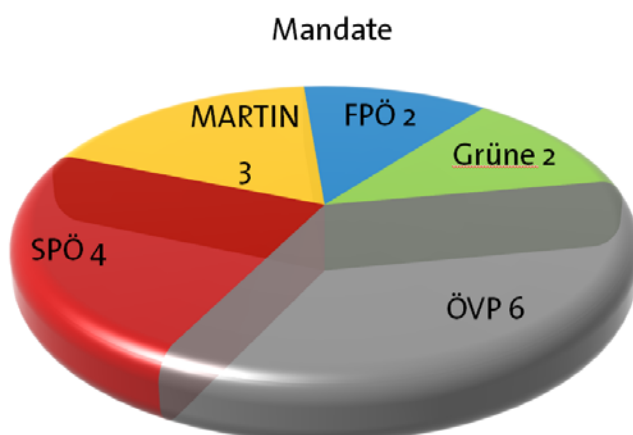
Auch in Österreich erreichte die ÖVP trotz leichter Verluste Platz 1. Nach einem Vorzugsstimmen-Duell zwischen dem Listenersten Ernst Strasser und dem langgedienten Europaparlamentarier Othmar Karas kam die Partei auf 30% der Stimmen und damit auf 6 Mandate.

Ein Waldebakel fuhr dahingegen die SPÖ ein. Mit einem Minus von 9,6 Prozentpunkten kam die Partei auf ein Niveau von 23,7% zu liegen und erreichte damit das niedrigste Ergebnis bei bundesweiten Wahlen in der Zweiten Republik. Freuen konnte sich dahingegen der von der Krone gepushte Hans-Peter Martin. Er verteidigte mit 17,7% erneut Platz 3 und konnte sogar einen leichten Zuwachs (plus 3,7 Prozentpunkte) verbuchen.



Die FPÖ konnte sich mit 12,7% der Wählerstimmen verglichen mit der Europawahl 2004 verdoppeln. Der direkte Vergleich ist allerdings etwas irreführend, denn 2004 befand sich die Partei gerade an einem historischen Tiefpunkt, hatte in Folge des

missglückten Putsches von Knittelfeld (2002) mehrere Wahlen verloren und steuerte auf eine Spaltung zu (die im April 2005 mit der Gründung des BZÖ vollzogen werden sollte). Vergleicht man das Ergebnis mit früheren Europawahlen (1999: 23,4%; 1996: 25,5%) oder mit dem letzten Nationalratswahl-Ergebnis (17,5%), so zeigt sich, dass die Partei ihr Potenzial nicht ausgeschöpft hat.



Ein ernüchterndes Ergebnis fuhren die Grünen ein. Mit 9,9% und einem Minus von drei Prozentpunkten schrammte die Partei nur knapp am Verlust ihres zweiten Mandats vorbei. Erst nach Auszählung der

Wahlkarten war gesichert, dass neben Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek auch Listenzweite Eva Lichtenberger ins EU-Parlament einziehen kann.

Ganz verpasst hat den Einzug ins Parlament das BZÖ mit 4,6% der Wählerstimmen. Ebenfalls unter der 5%-Hürde blieben mit jeweils 0,7% die KPÖ und die erstmals angetretenen Jungen Liberalen (JuLis).

2. Analyse der Kampagnen

Europäische Perspektive

Im Wahlkampf dominierten quer durch Europa innenpolitische Themen. Kaum eine Partei unternahm den Versuch, den Wählern Europa genauer zu erklären oder auf länderübergreifende Themen zu setzen. Das einzig wirklich europäische Thema war die Wirtschaftskrise, und diese schien auch einen signifikanten Einfluss auf das Ergebnis der Wahl zu haben. So wurden in einer Reihe von Ländern die Zentrumsparteien, insbesondere die Sozialdemokraten, abgestraft (Österreich, Deutschland, Spanien, Großbritannien, Frankreich, etc.), während Parteien an den politischen Rändern, wie rechte Parteien oder die Grünen Zulauf bekamen. Unter den etablierten Parteien wiederum profitierten die Konservativen, denen traditionell höhere Wirtschaftskompetenz zugemessen wird, über Parteien, die stärker für soziale Anliegen stehen. Offenbar gibt es zusammengefasst zwei Arten, auf die Krise zu reagieren: Ein Teil der Wähler wendet sich enttäuscht von den Zentrums-/ Regierungsparteien ab, da diese die Krise nicht verhindern bzw. bisher nicht erfolgreich genug bekämpfen konnten, und wählt Rand- bzw. Protestparteien. Die zweite Gruppe setzt gerade in der Krise auf jene große Partei, der sie noch am ehesten zutraut, die Krise lösen zu können, und das waren für die Mehrheit der Wähler offenbar die konservativen Parteien.

In vielen Medien wurde das Ergebnis plakativ als europaweiter „Rechtsruck“ interpretiert. Diese Etikettierung trifft zu, wenn damit die klassische Einteilung des Parteienspektrums in

„links, bzw. rechts der Mitte“ gemeint ist, also auch konservative Parteien wie die CDU, die spanische Partido Popular oder die ÖVP als „rechts“ klassifiziert werden. Bezieht man den Begriff auf jene Gruppierungen, die in der aktuellen Diskussion üblicherweise als „Rechtsparteien“ gelten (also populistische, nationalistische und xenophobe Bewegungen), so zeigt sich ein uneinheitliches Bild. In einigen Ländern feierten Parteien mit extrem rechten Positionen, die bis dahin als obskur gegolten hatten, überraschende Erfolge, in den Niederlanden, Finnland, Großbritannien und Ungarn konnten sie sogar massive Gewinne erzielen. Der größte Sprung gelang in Finnland den rechtspopulistischen „Wahren Finnen“ mit Timo Soini, der sich von 0,5 auf 9,3% der Stimmen katapultierte. In Dänemark gewann die migrantenfeindliche Dänische Volkspartei stark dazu. In den Niederlanden wurden die islamfeindlichen Rechtspopulisten von Geerd Wilders mit knapp 17% zweitstärkste Kraft. In Großbritannien schaffte erstmals die British National Party, die für die „freiwillige Repatriierung“ dunkelhäutiger Briten eintritt, den Einzug ins EU-Parlament. Die EU-kritische UKIP, die den sofortigen Austritt Großbritanniens aus der EU fordert, überholte sogar Labour. Die Gründe liegen hier jedoch weniger im Enthusiasmus für diese Parteien, sondern in einem massiven Protestwahlverhalten vor dem Hintergrund des Spesenskandals, in den neben Labour auch Abgeordnete der Tories und der Liberaldemokraten verwickelt sind. Weiters gewann in Italien die Lega Nord deutlich dazu. In Ungarn wurde die „Jobbik“ gestärkt, die mit antisemitischen Parolen Wahlkampf machte. Und auch die nationalistische „Groß-Rumänienpartei“ (PRM) konnte sich über Zugewinne freuen. Unter den Erwartungen blieb jedoch die Slowakische Nationalpartei von Ján Slota. Schwach schnitt auch die in einigen Ländern angetretene Libertas-Partei des irischen EU-Gegners Declan Ganley ab. Und in Belgien musste der Vlaams Belang Verluste hinnehmen. Alles in allem konnten die Rechten bei der EU-Wahl aber punkten und machen nun gemeinsam mit anderen EU-Gegnern knapp 10% der Abgeordneten aus.

Doch auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums gab es teils starke Gewinne. In Dänemark, Schweden und Frankreich konnten sich die Grünen über substantielle Zugewinne freuen, die Schwedischen Grünen konnten sich sogar verdoppeln, auch in Deutschland kam die Partei auf ein gutes Ergebnis. Zudem waren die Europäischen Grünen die einzige Fraktion, die ihre Stärke in absoluten Zahlen erhöhen konnte.

Österreichische Perspektive

Die ÖVP profitierte im Wahlkampf von zwei Faktoren. Erstens brachte der Vorzugsstimmen-Wettlauf zwischen Spitzenkandidat Ernst Strasser und Listenzweiten Othmar Karas eine starke Mobilisierung der ÖVP-Wählerschaft. Doch diese Strategie war keineswegs geplant, die Parteispitze um Josef Pröll machte vielmehr aus der Not eine Tugend, als sich beträchtliche Teile der Partei, inklusive einer Reihe von Ex-Parteichefs, für den langgedienten EU-Parlamentarier Othmar Karas und damit indirekt gegen Ernst Strasser aussprachen. Karas war im Vorfeld der Wahl als nicht zugkräftig genug für eine Spitzenkandidatur befunden worden, der *Vote-Getter* sollte der bekanntere ehemalige Innenminister Ernst Strasser werden. Was am Anfang nach parteiinternem Streit im Wahlkampf aussah, konnte die Partei schlussendlich geschickt nutzen, um Unterstützer beider Seiten – insbesondere jene Karas' – in die Wahlkabine zu bringen. Dieser erreichte schließlich 112.954 Vorzugsstimmen, mehr als 7% der auf die ÖVP entfallenen Wählerstimmen, und damit ein Direktmandat. Spitzenkandidat Ernst Strasser war hingegen auch im Vergleich zu den Spitzenkandidaten der anderen Parteien nur für eine kleine Gruppe der ÖVP-Wähler das Wahlmotiv.

Der zweite große Vorteil der VP-Kampagne war die klare Pro Europa-Positionierung. Letztlich war die ÖVP unter allen Parteien (sieht man von Kleinparteien wie JuLis ab) die einzige, die im Wahlkampf unmissverständlich für Europa eintrat – kritische Äußerungen des Spitzenkandidaten Strasser mit Seitenblick auf skeptische Wähler änderten nichts an diesem Gesamteindruck. Im Gegensatz dazu fuhren FPÖ, BZÖ und Hans-Peter Martin einen klaren Anti-EU-Kurs, während SPÖ und Grüne versuchten, EU-Kritik mit einem distanzierten Ja zu Europa unter einen Hut zu bringen. Wie sich zeigte, konnte die ÖVP mit ihrer Linie vor allem enttäuschten Grün-Wählern ein Angebot machen. In der VP-Kampagne wurde die Pro-Europalinie mit dem Thema Wirtschaft bzw. Bekämpfung der Wirtschaftskrise verknüpft, und argumentiert, in „harten Zeiten“ sei eine starke EU notwendig, um die Krise gemeinsam lösen und die Wirtschaft ankurbeln zu können. Diese Argumentation war vor dem Hintergrund einer weltweiten Rezession, der die Politik eines einzelnen Landes kaum etwas entgegensetzen kann, offenbar für viele Wähler überzeugend.

Wie in der ÖVP bei Karas trauten auch in der SPÖ einige Parteistrategen dem langjährigen Abgeordneten und logischen Spitzenkandidaten Hannes Swoboda nicht zu, in einer Wahlauseinandersetzung mobilisieren zu können. Schlussendlich fiel die Entscheidung dennoch auf Swoboda, ihm wurde aber ein Team – das „A-Team“ – zur Seite gestellt. Fans der bekannten gleichnamigen TV-Serie aus den Neunzigern fühlten sich zweifellos an gemütliche Fernsehnachmittage erinnert, für die Partei bezog sich die Bezeichnung hingegen auf die internationale Abkürzung für Österreich – das Team, das in Europa für Österreich kämpft also. Hinter der durchaus kreativen Slogan-Idee stand jedoch eine recht unklare Positionierung. Grundsätzlich sprach sich die Partei für Europa aus, aber eben für ein „anderes, sozialeres“ Europa. Politisch Interessierte hatten zudem noch den vielzitierten „Krone-Brief“ Faymanns und Gusenbauers in Erinnerung, in dem die beiden plakativ eine populistisch EU-kritische Position übernommen hatten, die von der größten österreichischen Tageszeitung eingefordert worden war: Sie versprachen, dass die SPÖ bei künftigen Änderungen des EU-Vertrags (anders als beim Vertrag von Lissabon) unabhängig von allfälligen verfassungsrechtlichen Erfordernissen für Volksabstimmungen eintreten werde. In den Augen dieser Wähler musste die SPÖ daher als eindeutig EU-kritisch gelten, während für den weit größeren Teil der Wähler schlichtweg unklar war, wofür die Partei nun steht.

Mit der „Ja, Aber“-Argumentation hatte die Partei eine sogenannte „stuck in the middle“-Positionierung. Wer gegen die EU war, hatte gleich drei weitere Parteien zur Auswahl, die ihr „Nein“ deutlich radikaler formulierten. Der Glaubwürdigste darunter war uneinholbar Hans-Peter Martin, der sein politisches Wirken seit Jahren monothematisch ausschließlich der Kritik an der EU und ihren Institutionen widmet. Wer sich bei der Wahl für die EU aussprechen wollte, hatte die ÖVP als Wahloption. Die SPÖ hingegen, war nicht einmal für jene Wähler, die eine unentschiedene Mittelposition unterstützten, die einzig wählbare Partei, denn einen „Ja, aber“-Standpunkt vertraten auch die Grünen. Tatsächlich zeigte sich im Ergebnis, dass die SPÖ in starkem Ausmaß Wähler an Hans-Peter Martin verlor. Inhaltlich setzte die SPÖ vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage auf Soziales. Offenbar trauten die Wähler den Sozialdemokraten jedoch die dazugehörige Lösungskompetenz nicht in ausreichendem Ausmaß zu. Und schließlich war die EU-Wahl auch als klassische Denkkettelwahl für die Kanzlerpartei zu werten.

Die FPÖ fuhr im Wahlkampf einen klaren Anti-EU-Kurs, noch mehr als die EU standen jedoch die üblichen freiheitlichen Themen im Vordergrund, die auch bei Nationalrats- oder Landtagswahlen gespielt werden: Ausländer, Asyl und Anti-Establishment, zwischendurch mit Querverbindungen zur Wirtschaftskrise – Stichwort „Finanzmafia“. Der für den Wahlkampf verantwortliche Generalsekretär Herbert Kickl, in den Medien ohnehin als „Verbal-Haudegen“ bekannt, schlug diesmal einen noch aggressiveren Ton an als in vergangenen Wahlkämpfen. So wurde der Wahltag zum „Tag der Abrechnung“ erklärt, die Slogans waren offensichtlich auf Provokation und das Schüren von Empörung ausgerichtet. Tatsächlich dürften jedoch Sprüche wie „Abendland in Christenhand“ oder „Weil’s die EU nur so kapiert“ nicht nur die kalkulierten Proteste der liberalen Medien hervorgerufen, sondern auch viele gemäßigttere FPÖ-Sympathisanten verschreckt haben. Ein weiterer gezielt ausgelöster Konflikt, der zuletzt der Partei mehr Schaden als Stammwähler-Mobilisierung brachte, war der Streit mit dem Präsidenten der Israelischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant. Gleich zweimal mussten sich Proponenten der Partei den Vorwurf des Antisemitismus gefallen lassen: Zunächst wettete Parteichef Heinz-Christian Strache – der als heimlicher Spitzenkandidat im Double mit Andreas Mölzer auftrat – in einem Inserat gegen einen völlig aus der Luft gegriffenen „EU-Beitritt Israels“. Danach griff der 3. Nationalratspräsident Martin Graf Muzicant direkt an. Beide Vorstöße kamen allenfalls beim harten Kern der FP-Anhänger an, verschreckte aber gemäßigte Protestwähler. Die beiden stärksten Faktoren, die den Erfolg der FPÖ dämpften, waren allerdings andere: erstens die hohe Wahlabsenz von EU-Gegnern, zweitens die große Auswahl an Anti-EU-Parteien, drittens die Tatsache, dass das Zentralorgan der Anti-EU-Protestwähler, die „Kronen Zeitung“, diesmal nicht die FPÖ, sondern eben Hans-Peter Martin unterstützte.

Der Wahlkampf von Hans-Peter Martin fand denn auch fast ausschließlich über die Kronen Zeitung statt – so sehr, dass andere Medien schrieben, hier würde sich eigentlich die „Krone“ zur Wahl stellen, mit Martin als Frontfigur. So hatte der Wunschkandidat von Krone-Herausgeber Hans Dichand eine tägliche Kolumne in der Zeitung, in der er Inhalte aus seinem Buch „Die Europafalle“ vorstellte. Die Botschaften wurden durch das übliche meinungsgestaltende Instrumentarium der Zeitung unterstützt: Kommentare, Gedichte von „Wolf Martin“, Bemerkungen des „Herrn Strudl“, gezielt ausgewählte Leserbriefe.

Martin positionierte sich als Aufdecker, der den Mächtigen in der EU auf die Finger schaut und gegen Bürokratie und Geldverschwendung ankämpft. Diese Positionierung war für viele Wähler glaubwürdig. Insbesondere Krone-Leser, sowie Pensionisten und Protestwähler gaben Martin ihre Stimme.

Ein weiterer Erfolgsfaktor Martins vor dem Hintergrund einer latenten Proteststimmung war seine Inszenierung als „untypischer Politiker“, bzw. die Inszenierung seiner Liste als „Bürgerbewegung“ anstatt als Partei. Dieses Prinzip des Einzelkämpfers für die Bürger, der nicht dem Bild des klassischen Politikers entspricht, funktionierte bereits bei Fritz Dinkhauser bei den Tiroler Landtagswahlen 2008. Bei Nationalratswahlen hingegen konnte das monothematische Konzept bisher nicht reüssieren, weder Hans-Peter Martin noch Fritz Dinkhauser kamen über marginale Wählerzustimmung hinaus.

Der Wahlkampf der Grünen war von parteiinternen Querelen rund um den ehemaligen Listenersten Johannes Voggenhuber überschattet, der durch Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek ersetzt wurde und daraufhin den Großteil des Wahlkampfs hindurch medial seinen Unmut äußerte. Zudem hatten die Grünen für Teile ihrer Wähler eine zu EU-kritische Haltung, und auch Spitzenkandidatin Lunacek erwies sich nicht als Zugpferd. Belastet war der Wahlkampf überdies durch die Umbrüche im Grünen Lager insgesamt, wo die Phase der Neuorientierung nach der bereits enttäuschenden Nationalratswahl 2008 und dem Wechsel an der Spitze zu Eva Glawischnig nach wie vor nicht abgeschlossen ist.

Das BZÖ tat sich im Kreise der EU-Kritiker schwer, zu erklären, warum man gerade sie wählen sollte. Die Argumentation, man sei auch gegen die EU, aber nicht so radikal wie die FPÖ, überzeugte zu wenige Wähler. Auch die Inszenierung des Spitzenkandidaten Ewald Stadler als „ehrlicher Volksanwalt“, der in Brüssel für die Menschen in Österreich kämpft, brachte kein echtes Alleinstellungsmerkmal – schließlich gab es ja bereits den Einzelkämpfer Hans-Peter Martin, der in der EU den Mächtigen auf die Finger schaut. Der Urnengang bestätigte die Vermutung, dass das BZÖ nach dem Tod Jörg Haiders (wie auch schon davor) zu einer stark kärntenzentrierten Partei geworden ist, die außerhalb ihres Kern-Bundeslandes nur sehr schwer Stimmen für sich gewinnen kann.

3. Europapolitische Szenarien

Die wichtigste Frage, die sich der Union nach der Wahl stellt, kann erst im Oktober beantwortet werden: Wird der abgeänderte Vertrag von Lissabon in Irland nach einer neuerlichen Volksabstimmung ratifiziert, und tritt er somit am 1. Jänner in Kraft? Oder stellen sich die Institutionen der EU darauf ein, dauerhaft auf Basis des Vertrags von Nizza zu arbeiten, der dann automatisch in Kraft bliebe? Formal sind neben dem irischen Referendum noch Ratifizierungen in Deutschland, Polen und Tschechien ausständig, in allen drei Fällen geht es aber nicht mehr um die Zustimmung zum Vertrag selber, sondern um Sekundärfragen. In Deutschland muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts das Begleitgesetz geändert werden, das die innerstaatliche Umsetzung von künftigen EU-Beschlüssen regelt – erst dann darf Bundespräsident Horst Köhler seine Unterschrift unter das Dokument setzen. In Tschechien zögert Staatspräsident Václav Klaus nach einem klaren „Ja“ im Parlament wie auch im Senat seine Unterschrift mit formalistischen Argumenten hinaus. Auch Polen hat sich für ein „Ja“ entschieden aber beschlossen, erst als letzter von 27 zu unterzeichnen. Sollte die Lissabon-Reform dennoch endgültig scheitern, wäre eine neuerliche Vertragsänderung erst im Zuge der nächsten Erweiterung, etwa mit dem Beitritt Kroatiens, sinnvoll möglich. Paradoxerweise enthält der Vertrag von Nizza mehrere Bestimmungen, die gerade bei EU-kritischen und nationalistischen Kräften auf stärksten Widerstand stoßen – zum Beispiel könnte nicht mehr jedes Mitgliedsland einen Kommissar stellen, das Gewicht kleiner Länder im EU-Parlament würde zugunsten der großen geschwächt.

Die Unsicherheit behindert die Arbeitsfähigkeit der Kommission. Nach wie vor ist die rasche Wiederwahl des amtierenden Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso umstritten, und zwar sowohl seine Person als auch der Termin für seine Wahl durch das Parlament am 15. Juli. Das Ergebnis der EU-Wahlen vom 7. Juni hat bewirkt, dass die Unterstützer Barrosos, nämlich die konservativen Gruppen, insgesamt gestärkt wurden, dennoch aber über keine ausreichende Mehrheit verfügen, um ihren Kandidaten im Alleingang durchzubringen. Die Barroso-Gegner – im Wesentlichen die Grünen, die Sozialdemokraten und diverse Links-Fraktionen – lehnen den Kandidaten ab und plädieren

(auch in Ermangelung einer überzeugenden Alternative) dafür, erst nach dem Referendum von Irland einen Präsidenten zu bestellen.

Gleichzeitig kommen einige harte Nüsse auf die EU zu:

- > Die Union muss eine schlüssige Strategie entwickeln, wie sie bei anhaltender Wirtschaftskrise mit dem Postulat ausgeglichener Staatshaushalte umgehen will. Bereits im Herbst will der (einstweilen noch) zuständige Kommissär Joaquín Almunia Verfahren wegen nachhaltig überhöhter Budgetdefizite gegen Österreich, Belgien, Slowenien, die Slowakei und vermutlich auch Deutschland einleiten, nachdem andere Länder bereits im März dieses Jahres den „Blauen Brief aus Brüssel“ erhalten haben. Allen Prognosen zufolge werden nur Zypern, Luxemburg und Finnland im Jahr 2010 ihr Defizit unter der magischen Drei-Prozent-Marke halten können. Die schwedische Ratspräsidentschaft will deshalb den Kampf gegen überbordende Staatsverschuldung zu einer Priorität ihres am 1. Juli gestarteten Ratsvorsitzes machen – ohne dass deshalb aber die Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise vorzeitig abgesetzt werden.
- > Gleichzeitig darf die EU ihren bisherigen Kurs beim Klimaschutz nicht verlassen, um die Chance nicht zu verlieren, beim Weltklimagipfel in Kopenhagen Ende 2009 (dessen Beschlüsse das mittlerweile sprichwörtliche Kyoto-Abkommen ablösen sollen) weltweit hohe Standards durchzusetzen – von solchen würde die europäische Industrie profitieren. Auch Ideen wie „Schutzzölle gegen Klima-Dumping“ oder ein 100-Milliarden-Euro-Klimafonds für Entwicklungsländer werden bereits zwischen Rat, Kommission und Parlament herumgereicht.
- > Asyl und Migration sind in allen Mitgliedsstaaten Themen von hoher politischer Sprengkraft und nach wie vor wichtigster Grund für den starken Zulauf zu extremen Rechtsparteien, bei der EU-Wahl wie bei nationalen Urnengängen. Mangels schlüssiger politischer Antworten dominiert in vielen Ländern eine Reflex der Schuldzuweisung die öffentliche Debatte: Die EU ist „schuld“ an den offenen Grenzen und damit an Zuwanderung und Kriminalität. Die nationalen Parteien versprechen Abhilfe, indem sie Abschottungsmaßnahmen fordern – neue Grenzkontrollen, generellen Zuwanderungsstopp, bürokratische Hürden. Der nationale Wildwuchs – 27 unterschiedliche Visabestimmungen für Bürger von Nicht-EU-Staaten – erschwert zum einen den Umgang mit hochqualifizierten Migranten,

wie Wissenschaftlern oder Managern internationaler Unternehmen. Zum anderen wird auch eine gesamteuropäische Lösung für die Zuwanderung aus weniger entwickelten Ländern verunmöglicht. Deshalb wird es wichtig, erste Ansätze in eine solche Richtung mit Nachdruck – und trotz aller Widerstände aus den Mitgliedsstaaten – voranzutreiben, etwa ein EU-weites Einwanderungs-Management (Stichwort: „Blue Card“; Stichwort: Humane Regeln für Abschiebungen; Stichwort: Einheitliche Bestimmungen für Familienzusammenführung). Im EU-Parlament liegen außerdem bereits Anträge zur besseren Vernetzung der Polizeiarbeit sowie für EU-weit einheitliche Strafen bei illegaler Beschäftigung.

4. Bundespolitische Szenarien

Konsequenzen hat die Europawahl in erster Linie für die SPÖ und Werner Faymann. Unter dessen Kanzlerschaft hat die Partei seit der Nationalratswahl 2008 bei jedem Urnengang Stimmen und Prozente verloren: bei den Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten, der Arbeiterkammerwahl, und nun bei der Europaparlamentswahl. Denkwürdigerweise auf Landes- und Europaebene für Regierungs- und insbesondere Kanzlerparteien sind zwar grundsätzlich nichts Ungewöhnliches, die SPÖ machte aber insbesondere bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in einem Ausmaß Verluste, die der Führungsspitze Kopfzerbrechen bereiten. Die Notwendigkeit zum Gegensteuern ergibt sich vor allem dadurch, dass die Kernklientel der SPÖ, die Arbeiter, den Sozialdemokraten zu entgleiten scheinen, und dass die Partei in ihrem Kernland Wien wenige Monate vor der Landtagswahl Rekordverluste einfuhr. Gerade in den ehemaligen roten Hochburgen verlor die SPÖ massiv: Simmering: minus 19 Prozentpunkte, Floridsdorf: minus 15 Prozentpunkte, Rudolfsheim-Fünfhaus: minus 10 Prozentpunkte. Diese Werte entsprechen zum Teil ziemlich genau den Zugewinnen der FPÖ. Das wirft lange Schatten auf die bevorstehende Wien-Wahl, die planmäßig im Herbst 2010 – und damit wohl noch mitten in der Wirtschaftskrise – stattfinden soll.

Die Diskussion um die Position von Kanzler Werner Faymann brach auch sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses los. Kritisiert wurde sein Konflikte vermeidender, konsensorientierter Führungsstil (Stichwort „Lächel-Kanzler“) und vor allem seine Themensetzung. Aus den Bundesländern weht dem Parteichef ein rauer Wind entgegen. Allen voran der Steirische Landeshauptmann Franz Voves, dem im Herbst 2010 Wahlen ins Haus stehen, kritisierte Faymann bereits offen und forderte eine stärkere Profilierung auf das klassisch sozialdemokratische Thema Umverteilung. Zwar unterwarf sich Voves bei einer Parteivorstandssitzung wieder dem Gebot der Geschlossenheit und hält sich inzwischen mit öffentlichen Rügen zurück. Doch könnte in den nächsten Monaten auch der oberösterreichische Spitzenkandidat Erich Haider, der bereits im Landtagswahlkampf steht, ebenso sowie weitere Landeschefs mit „Kritik an Wien“ nachfolgen. Findet Faymann in den nächsten Monaten keine Gegenstrategie dazu, könnte ihm ein ähnliches Schicksal drohen, wie seinem Vorgänger, der schlussendlich an den eigenen Parteifreunden scheiterte.

Im Gegensatz zu den Turbulenzen bei der SPÖ hat die EU-Wahl bei den anderen Parteien zunächst wenig Auswirkungen. VP-Chef Josef Pröll ist durch den Wahlerfolg seines Teams gestärkt, trotzdem dürfte sich ein allfälliger Schub für eine der kommenden Landtagswahlen in Grenzen halten. Umgekehrt konnte ein drohender Konflikt zwischen dem offiziellen Spitzenkandidaten Strasser und dem Vorzugsstimmen-Sieger Karas ohne Eskalation beigelegt werden. Die FPÖ hat ihr Wahlergebnis in der eigenen Kommunikation als großen Triumph interpretiert und pflegt weiter das Image der erfolgreichen, unaufhaltsamen Underdog-Bewegung. Bei den Grünen lagen die Erwartungen von Anfang an nicht sehr hoch, die Trauerarbeit über das schlechte Abschneiden wird im Zuge der größeren Diskussion um die Zukunft des Grünen Lagers abgehandelt.

5. Issues und Themenlage

Im Hinblick auf die großen Issues der österreichischen Innenpolitik hat die EU-Wahl keine dramatischen neuen Entwicklungen gebracht: Die Wahlbeteiligung war mit 46% zwar

niedrig, aber höher als erwartet und höher als 2004 (42%), sie lag im langjährigen europäischen Schnitt von EU-Wahlen – liefert also keinen Beleg für ein außergewöhnliches Maß an Demokratieverdrossenheit oder EU-Skepsis. Zudem dürfen der Erfolg von Hans-Peter Martin sowie das niedrige Niveau der Wahlkampf-Auseinandersetzung nicht darüber hinwegtäuschen, dass die stimmstärkste Partei jene mit dem deutlichsten Pro-EU-Programm geworden ist.

Die Polarisierung, die in ganz Europa sichtbar wurde, findet sich also auch in Österreich: Auf der einen Seite die EU-Gegner, die bei den EU-Wahlen gestärkt wurden, aber in Summe immer noch eine deutliche Minderheit darstellen. Sie sind medial überproportional stark präsent, ihr Auftreten hat in den letzten Jahren an Radikalität zugenommen, immer öfter kommen von dieser Seite auch Schuldzuweisungen an die EU und die österreichischen EU-Befürworter im Hinblick auf aktuelle Probleme – so werden die EU-Erweiterungen von 2004 und 2007 für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, auch die Gemeinschaftswährung Euro gilt immer noch als Verursacher einer „gefühlten“, weil in der Statistik nicht nachweisbaren Inflation.

Ihnen gegenüber steht eine schweigende Mehrheit an EU-Befürwortern, also von Wählern, die prinzipiell zugänglich sind für die Darstellung der Vorteile des europäischen Zusammenwachsens sowie der Integration Mittel- und Osteuropas in eine gemeinsame Union. Welche von beiden Positionen in der politischen Diskussion die stärkere Wirkung entfaltet, wird eine der spannenden Fragen der nächsten Zeit werden.

Zwei langfristige Issues sollen hervorgehoben werden:

1. Europäische (internationale) oder nationale Perspektive?

Droht ein Rückfall auf nationalstaatliches Denken in einer Zeit, die verstärkte internationale Zusammenarbeit erfordern würde? Parteien wie die britischen Tories oder die tschechische ODS des erraticen Staatspräsidenten Václav Klaus gehen mit einem explizit souveränistischen Programm ins EU-Parlament. Von den (rechts-) populistischen Kräften wird „weniger Europa“ seit längerem gefordert, so auch in Österreich von FPÖ und BZÖ. Sie sind mit dieser Haltung aber keineswegs allein, denn in der Praxis finden sich in allen Parteien sowie auch in Wirtschafts- und Arbeitskammern sowie im ÖGB Politiker und Funktionäre, die nationale statt europäischer Lösungen für aktuelle Fragen fordern – oft mit der Konsequenz, dass

die vorgeschlagenen Maßnahmen die Probleme langfristig eher zu verschärfen drohen. Beispiele hierfür reichen von der immer weiter verzögerten Öffnung der Arbeitsmärkte oder der Weigerung, an einer schlüssigen gemeinsamen Außenpolitik mitzuwirken, über die Einschränkung der vier Freiheiten durch bürokratische Hürden bis hin zur unverblühten Forderung nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraumes.

Für die Handlungsfähigkeit der europäischen Politik wird es wichtig sein, wie sich diese Frage in den nächsten Jahren entwickelt. Noch ist die erwähnte souveränistische Fraktion im EU-Parlament eine Marginalie, die im Normalfall keine politikgestaltende Rolle spielen wird, sondern allenfalls auf den Zufall knapper Mehrheitskonstellationen hoffen darf, wo sie dann zum Zünglein an der Waage werden kann. Bei zwei der drängendsten aktuellen Probleme, nämlich bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und in der Klimapolitik, finden Befürworter einer gemeinschaftlichen Vorgangsweise bisher noch die Mehrheiten hinter sich. Bei Fragen der inneren Sicherheit sowie der Migration (siehe Punkt 2) haben hingegen sämtliche österreichischen Parteien mit Ausnahme der Grünen zumindest verbal große Teile der Sichtweise des Rechtspopulismus übernommen.

2. Migration und Innere Sicherheit

Unmittelbar nach dem 7. Juni brach unter den Parteien eine Art Wettstreit um die beste Schlagzeile zur Kriminalitätsbekämpfung aus, der zweifellos der bevorstehenden Wahlschlacht um die Bundeshauptstadt Wien geschuldet ist: Demnach scheint das größte öffentliche Problem in Teilen Österreichs darin zu bestehen, dass Diebesbanden aus „dem Osten“ die Landstriche unsicher machen. SPÖ und ÖVP überbieten einander in Vorschlägen, wie dieser Bedrohung Herr zu werden sei – Bundesheerpatrouillen an der ehemaligen Grenze; eine „SoKo Ost“; karenzierte Postbeamte als Verstärkung für die Polizei. Selbst die Grünen sprechen sich für „mehr Polizei“ aus. Gleichzeitig hat die Innenministerin einen Entwurf für eine Verschärfung des Asylgesetzes vorgelegt, der ebenfalls das Ziel verfolgt, Kriminalität von Nichtösterreichern in Österreich zu bekämpfen.

Hinter den aufgeregten Medienmeldungen steht ein reales Problem: Tatsächlich haben die Einbruchdiebstähle in Wien, Burgenland und dem östlichen NÖ

gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 um rund 10 Prozent zugenommen. Es ist also zu erwarten, dass das Thema in den nächsten 12 Monaten weiterhin hohe Priorität auf der politischen Agenda genießen wird. Kriminalität wird in der medialen Berichterstattung wie auch in der politischen Diskussion stark mit den Themen „Asyl“, „Zuwanderung“ und „offene Schengen-Grenzen“ verknüpft bleiben und so auf andere europapolitische Fragen ausstrahlen.

6. Ergebnisse aus Public Affairs-Sicht

Schauplatz Brüssel

In Brüssel sind die professionellen Interessensvertreter nach den Aufregungen der EU-Wahl schnell wieder zum Tagesgeschäft übergegangen. Die Konstruktion der Generaldirektionen gewährleistet ein hohes Maß an Kontinuität auch in Übergangszeiten, sodass die Arbeit an Grün- und Weißbüchern sowie Entscheidungen in Wettbewerbsfragen nicht gestört sind, obwohl die personelle Zukunft der Kommission insgesamt noch länger unsicher bleiben dürfte.

Deutlich spannender wird die Lobbying-Arbeit im Parlament. Die EU-Wahl hat einen unerwartet umfangreichen Generationenwechsel mit sich gebracht, ein großer Teil der künftigen Abgeordneten kommt zum ersten Mal nach Brüssel. Interessensvertreter haben also einige ihrer gewohnten Gesprächspartner verloren und werden zahlreiche neue Kontakte aufbauen müssen.

Interessant wird auch die Frage, ob das seit Jahren gewohnte System einer informellen „großen Koalition“ bestehen bleibt. Bisher stimmten sich EVP und PSE bei allen wichtigen Fragen vorher ab, sodass das Parlament Beschlüsse meist mit großer Mehrheit fassen und seinen Gegenspielern, dem Rat und der Kommission, geschlossen entgegentreten konnte. Durch die geänderten Mandatsverhältnisse könnten künftig auch andere Bündnisse interessant werden, wenngleich solche Mehrheiten schwierig zu schmieden sein werden. So braucht zum Beispiel die EVP mit ihren 264 Abgeordneten mindestens 105 zusätzliche Stimmen für die knappste einfache Majorität (369 der insgesamt 736 Sitze). Über so viele

Mandate verfügt aber keine der anderen Fraktionen außer der PSE. Für eine erfolgreiche Abstimmung gegen die Sozialdemokraten müssten daher einigermaßen ungewöhnliche Bündnisse geschlossen werden, etwa mit den Grünen und den Liberalen, oder mit den Grünen, der antieuropäischen Rechten und zusätzlich einer Handvoll fraktionsloser Abgeordneter. Ähnlich das Spiel auf der linken Seite des politischen Spektrums: Die PSE wird zweifellos Grüne und Vereinigte Linke in vielen Fragen auf ihrer Seite wissen. Für eine Mehrheit braucht sie aber zusätzlich fast hundert Stimmen aus dem Lager der Liberalen und der Fraktionslosen.

Wann immer sich solche Mehrheitsbildungen abzeichnen, heißt das für Interessensvertreter, dass Abgeordnete aus kleinen nationalen Gruppen überproportional an Bedeutung gewinnen können. Zugleich müssen in der Überzeugungsarbeit die „Kuhhändler“ mit berücksichtigt werden – denn Kleinparteien, die durch den Zufall der Quoren zu Königsmachern werden, pflegen ihre Zustimmung mit Forderungen aus völlig anderen als den gerade verhandelten Sachgebieten zu junktimieren.

Unverändert auf der Tagesordnung bleibt hingegen die Diskussion um die Registrierung der Brüsseler Lobbyisten. Die EU-Kommission hat 2008 ein freiwilliges Register eingerichtet, die Kritik ist damit aber nicht verstummt. Nach wie vor fordern NGOs ein verpflichtendes Register, während Standesorganisationen der Lobbyisten kritisieren, dass gerade Vertreter von NGOs, aber auch Rechtsanwälte und Mitarbeiter von Think Tanks, sich bisher kaum eingetragen hätten (unter anderem, weil sie sich nicht als Lobbyisten sehen). Das bestehende Register gibt daher erst Recht nur ein stark verzerrtes Bild über das tatsächliche Ausmaß an Interessensvertretung in Brüssel. Überdies ist weiter ungeklärt, ob und wie das Register neben der Kommission auch das Parlament oder den Rat umfassen soll.

Schauplatz Wien

Für die Public Affairs Arbeit in Österreich haben sich zunächst weder bei den Personen noch bei den anstehenden Themen nachhaltige Änderungen ergeben. Die politische Arbeit der nächsten zwölf Monate wird weiterhin geprägt sein von Fragen wie Wirtschaftskrise, Klimaschutz (mit allen verwandten Themen wie Energieversorgung, Regulierungs- und Förderpolitik, etc.), Zuwanderung und Sicherheit, Reformen im Bildungsbereich und in der

öffentlichen Verwaltung. Dazu kommen unerledigte Hausaufgaben bei Unternehmen im öffentlichen Bereich (Telekom, Post, ASFINAG, ÖBB).

Mit der Nationalratswahl 2008 wurde bereits sichtbar, dass die politische Agenda des Landes stärker als in früheren Jahren durch Boulevardmedien bestimmt wird. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen, da der Wahlerfolg für Hans-Peter Martin sowohl von der „Kronen Zeitung“ als auch von den verwandten Medien wie „Österreich“ oder „heute“ sichtlich als Ermutigung verstanden wurde. Mit der unvermittelt aus dem Nichts gestarteten Bundespräsidentenskampagne für NÖ-Landeshauptmann Erwin Pröll hat die „Krone“ hat auch bereits gezeigt, dass sie weiterhin gewillt ist, selbst aktiv Politik zu machen. Für die Public Affairs Arbeit bedeutet diese Entwicklung, dass die Politik bei maßgeblichen Entscheidungen stärker als bisher die Reaktion des Boulevards in ihre Überlegungen einfließen lassen wird. Das muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass in der Folge nur mehr „Krone-taugliche“ Entscheidungen fallen. Im Gegenteil gibt es bereits Anzeichen, dass in der Öffentlichkeit der Wunsch nach einem Gegengewicht zur anmaßenden Rechthaberei der Glossen und Leserbriefkampagnen wächst. Die Botschaft: „Wir haben eine mutige, unpopuläre Entscheidung getroffen“ könnte auf diese Weise neue Bedeutung erlangen. Unbedingt beobachtet sollte die Frage werden, wie sich die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den politischen Akteuren in Wien und den neuen Vertretern in Brüssel und Straßburg entwickelt. In den letzten Jahren wurden die europäischen Belange der heimischen Politik durchwegs in Wien entschieden und auf Rats-, also Regierungsebene behandelt. Eine entsprechend enge Einbindung der EU-Abgeordneten, etwa um deren Zugänge zu frühen Informationen oder ihre Kenntnisse der Brüsseler Entscheidungsmechanismen zu nutzen, unterblieb meist. Auch die wachsende Bedeutung des Parlaments und der dadurch veränderte Stellenwert der EU-Abgeordneten wurden von der österreichischen Politik nicht im vollen Potenzial erkannt. Hinzu kam die generell EU-ferne bis EU-feindliche Haltung der Innenpolitik seit Herbst 2008. Mit den neuen Abgeordneten sowie dem neuerlichen Auftauchen der Lissabon-Frage auf der Agenda könnte die Rolle der EU-Abgeordneten auch für die österreichische Politik aufgewertet werden; entsprechend verändert wäre auch ihre Stellung als Ansprechpartner für Public Affairs Anliegen.

Die Autoren



Mag. Alexandra Siegl, MSc

ist Consultant bei Peter Hajek Public Opinion Strategies. Die Meinungsforscherin ist spezialisiert auf die Schwerpunkte Demoskopie, politisches Marketing und Microtargeting. Alexandra Siegl studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und politische Kommunikation an der Donauuniversität Krems.



Dr. Peter Hajek

ist geschäftsführender Gesellschafter der Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Meinungsforscher und Politologe verfügt über Erfahrung als Berater in Österreich, Deutschland und bei den UN in New York. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Markt- und Meinungsforschung und Strategieberatung. Er hat Lehraufträge an der Uni Wien, der Uni Klagenfurt und der Donauuniversität Krems.



Walter Osztovcics

ist Politikberater und Partner von Kovar & Köppl. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur der deutschen Wirtschaftswoche und in Österreich bei Format, Kurier und der Wochenpresse.



Andreas Kovar

ist Politikberater und Partner von Kovar & Köppl und seit zehn Jahren im Bereich Lobbying und Public Affairs tätig. Seine intimen Kenntnisse der Politik sammelte Kovar als Klubreferent im österreichischen sowie im europäischen Parlament. Als Buchautor sowie in Vorträgen und Seminaren (Uni Wien, FH Joanneum Graz) gibt er sein Wissen regelmäßig weiter.